

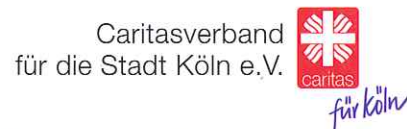
herausfordert. Ein solcher Integrationsprozess ist langwierig und verläuft – wie jede demokratische Entwicklung – nicht ohne Konflikte. Er ist jedoch unverzichtbar. Auch unsere Vaterstadt Köln braucht für ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft die Einbeziehung der Zugewanderten aus vielen Nationen und Kulturen. Die Abgrenzung von Teilen der muslimischen Bevölkerung und die Errichtung von Ghettos würden auf lange Sicht den sozialen Frieden gefährden und das Zusammenleben eines Gemeinwesens schädigen.

6. Der Katholikenausschuss und der Caritasverband stellen sich gemeinsam mit vielen Christen und Christinnen dieser Herausforderung und wissen sich dabei der Völker verbindenden Vision Jesu Christi und der vielen Frauen und Männer in seiner Nachfolge seit 2000 Jahren verpflichtet. Das alte jüdisch/christliche Gesetz des Handelns, unter dem wir dabei stehen, bringt der Apostel Paulus in seinem Brief an die Galater präzise auf den Punkt: „Alles ist in dem einen Wort zusammengefasst: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst!“ (5,14)

Köln, den 8. September 2008

Hannelore Bartscherer,
Vorsitzende Katholikenausschuss

Pfr. Franz Decker,
Direktor Caritasverband für die Stadt Köln



Alles ist in dem
einen Wort
zusammengefasst:
**Du sollst Deinen
Nächsten lieben
wie Dich selbst!**

(Die Bibel, Galaterbrief 5,14)

Stellungnahme des Katholikenausschusses und des Caritasverbandes für die Stadt Köln zusammen mit vielen Verbänden und Einrichtungen zur „Bürgerbewegung Pro Köln/NRW“

Seit Monaten versucht die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro Köln / pro NRW“ Stimmung gegen den Bau einer repräsentativen Moschee in Köln-Ehrenfeld und darüber hinaus zu machen. Zu diesem Zweck verteilt sie Flugblätter mit dem Titel „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf“ und sammelt Unterschriften für eine Anti-Islam-Petition an den nordrhein-westfälischen Landtag.

Für Samstag, den 20. September 2008 wird zu einem Antiislamisierungskongress mit öffentlicher Veranstaltung unter Beteiligung von Vertretern europäischer Rechtsaußen-Parteien auf den Heumarkt eingeladen.

Mittlerweile gibt es auch eine Gruppierung, die unter der Bezeichnung „Christen-pro-Köln“ versucht, Pfarrgemeinderäte und kirchliche Gruppierungen zu unterwandern.

„Pro-Köln“ identifiziert Islam mit Islamismus und Terrorismus und instrumentalisiert damit Ängste in der Bevölkerung, um die eigenen nationalistischen und demokratiefeindlichen Ziele politisch akzeptabel erscheinen zu lassen. Die These dieser „Bürgerbewegung“ lautet: Die Integration der vielfältigen Nationalitäten und Kulturen, die in unserer Stadt und unserm Land

leben, sei gescheitert. Das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft habe sich als Illusion erwiesen. Dahin gehende Bemühungen stellen vielmehr eine Gefahr für unsere demokratische Bürgergesellschaft dar.

Der Katholikenausschuss, der Caritasverband für die Stadt Köln und viele andere kirchliche Verbände und Einrichtungen distanzieren sich ausdrücklich von dieser Bewegung und stellen fest:

1. Die „Bürgerbewegung pro Köln“ als Ursprungsorganisation von PRO NRW wurzelt nachgewiesener Weise im Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Parteien (-versuche). Strategisch geplant bedient diese Organisation mit ihren Schriften gezielt Vorurteile, erzeugt Fremdenfeindlichkeit und diffamiert ganze Bevölkerungsgruppen. Die Mehrheit der friedlich unter uns lebenden Muslime darf nicht wegen der zweifellos bestehenden Gefahr, die von gewaltbereiten Extremisten ausgeht, pauschal aggressiver Gewaltbereitschaft bezichtigt werden. Der Katholikenausschuss und der Caritasverband für die Stadt Köln verurteilen alle Versuche, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder Rassismus zu schüren.

2. Wir erinnern an die Erklärung des 2. Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen in

der es heißt: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen, lebendigen und barmherzigen Gott anbeten. Die Heilige Synode ermahnt alle, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“ (NA 3)

3. Der Katholikenausschuss und der Caritasverband sprechen sich entschieden für das Grundrecht der Muslime aus, in unserem Land Moscheen bauen zu können. Zur freien und ungestörten Religionsausübung gehört aus verfassungsrechtlicher und kirchlicher Sicht die Errichtung würdiger Gebetsstätten. Der Bau von Moscheen macht sichtbar, dass Muslime als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen akzeptiert werden.

4. Integration beinhaltet das klare und vorbehaltlose Bekenntnis zu den Grundwerten der westeuropäischen Verfassungen, nicht aber, wie es „pro Köln“ verlangt, „sich den hiesigen Sitten und Gebräuchen anpassen“ zu müssen.

5. Die muslimische Minderheit in Deutschland sieht sich vor die Aufgabe gestellt, eine eigenständige muslimische Identität auszubilden. Der damit verbundene Integrationsprozess ist eine Aufgabe, die die Bürgergesellschaft insgesamt